

Kommunalpolitische Erklärung der SPD-Gemeinderats-Fraktion am 15.11.2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuler,
sehr geehrte Leonberger Bürger/innen,
liebe Kollegen/innen,

uns liegt ein ausgeglichener Haushalt für 2012 vor, wir müssen weder die Steuern erhöhen, noch müssen wir unseren Wald verkaufen ! Wunderbar, alles ist in bester Ordnung ?

Nein, weit gefehlt ! Vor uns liegt ein Haushalt, der eine **Nettoneuverschuldung von 7,5 Mio. EUR** vorsieht – das ist eine unfassbare Steigerung von 11 %. Er führt zu einem Schuldenstand von 76 Mio. EUR, 2014 werden es voraussichtlich sogar 85 Mio. EUR sein.

Dies ist um so dramatischer, da wir diesen Schuldenaufbau in einer Zeit vornehmen müssen, in der wir ganz ordentliche Steuereinnahmen haben. Zu einem Zeitpunkt, an dem wir allerdings vorhatten, Schulden zu reduzieren. Denn vor rd. 2 Jahren haben wir im Rahmen des Konjunkturprogramms über 2 Mio. EUR kreditfinanzierte Investitionen getätigt.

Die Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit liegt damit bei unglaublichen 10 Mio. EUR Mehrverschuldung. Sollten künftig höhere Landeszuschüsse an die Kommunen, als bisher geplant, fließen, so müssen wir damit diesen Schuldenaufbau 1:1 verringern.

Warum ist das strukturelle Finanzierungsproblem in Leonberg besonders eklatant ? Wir sind **eine große Kreisstadt ohne Kreis**, aber mit dem – aus meiner Sicht teilweise überholten – Anspruch als Mittelzentrum Leistung für angrenzende – inzwischen reichere – Städte kostenlos zu erbringen.

Dies können wir so nicht weiter aufrechterhalten.

Wie es anders gehen kann, zeigt das Beispiel Volkshochschule, zu der die davon profitierenden Gemeinden einen Zuschuss leisten. Jüngstes erfreuliches Beispiel ist die finanzielle Beteiligung der Stadt Rutesheim an der neuen Drehleiter für unsere Feuerwehr. Auch bei den Kindertagesstätten ist ein sogenannter interkommunaler Kostenausgleich längst gang und gäbe.

- ➔ **Wir fordern daher die Verwaltung auf, in ergebnisoffene Verhandlungen mit den Kommunen zu treten, deren Bürger von den Leonberger Einrichtungen (z.B. der Jugendmusikschule) profitieren, mit der Zielrichtung eine Kostenbeteiligung zu erreichen** (perspektivisch auch in Bezug auf Investitionen im Leo-Bad oder vielleicht bei der Stadthalle).
- ➔ **Weiterhin bitten wir zu prüfen, ob bei der städtischen Jugendförderung der Anteil Leonberger Vereinsmitglieder stärker finanziell gewichtet werden kann.**

Aber es gibt noch eine ganze Reihe weiterer konkreter Handlungsfelder:

Das **Leo-Bad** fehlt im Moment in der Finanzplanung vollständig. Ebenso wie uns seit vielen Jahren ein Konzept für die Sportstätten und Bäderlandschaft insgesamt fehlt, das die SPD-Fraktion schon seit 2005 mehrfach eingefordert hat.

Die aktuelle Misere mit dem Sportzentrum wäre bei sehr viel früherem Agieren – so wie wir das gefordert haben -jedenfalls verhindert worden.

Handlungsbedarf sehen wir im Leo-Bad angesichts der perspektivisch anstehenden Renovierungsmaßnahmen und vor dem Hintergrund eines vergleichsweise viel zu hohen jährlichen Defizits (unabhängig von der folgenden Entscheidung über das Hallenbad).

- ➔ **Wir beantragen, ein Konzept für das Leo-Bad zu erstellen mit der Zielrichtung, das Defizit von jährlich über 1 Mio. EUR nennenswert auf unter 500 TEUR zu reduzieren. Dazu wird es unumgänglich sein, die Flächen „zu Wasser und zu Lande“ deutlich zu verringern.**
- ➔ **Daneben bitten wir die Verwaltung um Prüfung, ob Grundstücke im nördlichen Teil des Leo-Bades verkauft und der Wohnbebauung zugeführt werden können. Wir gehen davon aus, dass sich hier ein 7stelliger EUR-Betrag Erlösen lässt. Dieser kann dann zur zweckbestimmten Verwendung für die Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Leo-Bades eingesetzt werden.**

Ich habe ausgeführt, dass wir leider noch immer über kein Bäderkonzept verfügen, daneben fehlt auch die Strategie, wie wir mit unseren **Vereinen in Leonberg und deren Immobilienliegenschaften** umgehen.

Wir haben dies mehrfach angemahnt, in einer Drucksache wurde für 2010 eine Gemeinderatsklausur hierzu in Aussicht gestellt, die aber nicht stattgefunden hat. Bereits Anfang des Jahrtausends wurde mit dem Gemeinderat ein Sportstättenentwicklungsplan diskutiert, auch hier ist nichts passiert.

Leider wird die Bedeutung der ehrenamtlich geführten Vereine für unsere Stadt immer erst dann erkannt, wenn die Probleme bereits akut sind.

Eines möchte ich aber schon jetzt herausstellen: eine Erhöhung der Hallennutzungsgebühren für die Leonberger Vereine in 2012 ist mit der SPD-Gemeinderatsfraktion nicht zu machen.

Kommen wir zur möglichen Verbesserung der städtischen Einnahmen.

Auch wir in der SPD-Fraktion sehen die Notwendigkeit, weitere **Gewerbeflächen in Leonberg** zu entwickeln, aber ich sage ganz deutlich: „nicht um jeden Preis“.

Zunächst ist ein schlüssiges finanzielles Konzept für potenzielle Gewerbeflächen zu entwickeln. Wir müssen nämlich zuerst Geld in die Hand nehmen ! Daher ist es wichtig zu wissen, welche qm-Preise wir dann anbieten können.

Wir sind nur konkurrenzfähig, wenn wir nicht weit von den Preisvorstellungen benachbarter Kommunen entlang der A 8 abweichen. Das geht nur, wenn der städtische Grundstücksanteil in dem jeweiligen Gebiet möglichst hoch ist.

Da die Leonberger Wirtschaftsförderung den Mangel an Gewerbeflächen gebetsmühlenhaft anprangert und dies auch als Wunderheilmittel für die Bindung örtlicher Firmen sieht, können wir überhaupt nicht verstehen, warum unser kurzfristig realisierbarer Vorschlag, das Höfinger Gewerbegebiet Pfad II nach Norden hin – weg von der Straße – als Vorratsmaßnahme weiterzuentwickeln, nicht aufgegriffen wird.

Ich sagte vorher neue Gewerbeflächen, ja, aber nicht um jeden Preis. Das heißt für uns immer auch die Abwägung der möglichen Beeinträchtigungen mit ihren Auswirkungen für die Wohnqualität in Leonberg. Vielleicht ist hier einfach der Hinweis wichtig, dass unsere Einnahmen aus Einkommenssteuer derzeit höher sind, als die Einnahmen aus Gewerbesteuer.

Ein Gewerbegebiet am Längenbühl, damit nicht nur in isolierter Lage, sondern insbesondere auch „vor der Nase“ des nächstes Jahr größten Baugebiets in Leonberg, Ezach III, betrachten wir geradezu als einen Schildbürgerstreich. Das kommt mit der SPD-Fraktion nicht in Frage.

Schade, dass das Gebiet „Schertlenswald“, das die meisten Anforderungen an ein Gewerbegebiet erfüllt hätte, nicht zuletzt auch hier im Gremium politisch „totgeredet“ wurde.

An anderer Stelle wurde tatsächlich bereits konzeptionell gearbeitet: nämlich bei den **Friedhöfen**. Hier gibt es Grundsätze, nämlich keine weiteren Standorte einzurichten und einen Kostendeckungsgrad gegen 100 % anzustreben. Von diesen Vorgaben entfernen wir uns aber zusehends.

Keine Sorge, wir wollen nicht mit radikalen Maßnahmen die Nachfrage und damit den Umsatz steigern, sondern wir haben hier lediglich die Kosten im Blick.

Im Haushaltsplan ist ein zweiter Friedhofsstandort für Warmbronn eingestellt mit Investitionskosten in der Summe von über einer halben Mio. EUR und natürlich entsprechenden Steigerungen bei den jährlichen Folgekosten. Zugegeben – der Leonberger Waldfriedhof ist fußläufig schlecht zu erreichen – dies betrifft aber auch bereits heute unsere Mitbürger in der Kernstadt.

- **Wir beantragen daher, keine weiteren Friedhofstandorte zu entwickeln und die Bestattungsgebühren so anzupassen, dass wir uns wieder tendenziell dem angestrebten Kostendeckungsgrad annähern.**

Mit über 26 Mio. EUR sind die **städtischen Personalkosten** – gemeinsam mit den diversen Umlagen, die wir erbringen müssen – der höchste Fixkostenblock im Haushalt.

Dies ist nichts Ungewöhnliches. Lt. Stellungnahme der Gemeindeprüfanstalt hat die Stadt Leonberg 15 % höhere Personalkosten als vergleichbare Städte.

Wir wollen hier keinesfalls populistisch ein 7stelliges Einsparungspotenzial ausrufen, wir wollen auch nicht „Äpfel mit Birnen vergleichen“, aber wir halten es schon für angebracht, eine solche Diskrepanz zu prüfen – und zwar zeitnah, auch wenn die GPA hier wieder ein Stück „zurückgerudert“ ist.

- **Ich verweise daher auf unseren Antrag vom 26.07.2011, mit dem wir fordern, ein externes Büro mit einem Gutachten zu beauftragen mit der Zielrichtung die Unterschiede in den Personalkosten in vergleichbaren Städten zu ergründen und Rückschlüsse über ein weiteres Vorgehen hinsichtlich einer Organisationsuntersuchung zu liefern.**

Eines unserer zentralen Zukunftsthemen ist die **Kinderbetreuung**. Hier hat Leonberg fundierte Vorstellungen, wir stehen natürlich voll hinter dieser Grundrichtung, weitere Betreuungsplätze anzubieten.

Diese Pläne sehen Investitionskosten bis 2015 von über 10 Mio. EUR vor, auch die Personalkosten werden rasant jährlich weiter steigen.

- **Wir fordern allerdings auch, kreativ Alternativen zu prüfen, um diese gewaltige Investitionssumme zu reduzieren.** Beispielsweise soll dargestellt werden, wie wir die Kinderbetreuung für das neue Baugebiet Ezach III sicherstellen können, ohne einen Neubau zu finanzieren, sondern beispielsweise die vorhandenen beiden Kindergärten zu nutzen oder einen Neuzuschnitt der Einzugsgebiete vorzunehmen.

Allerdings müssen auch alle Beteiligten - Verwaltung und Gemeinderat - ernst machen und die anstehenden Investitionen mit einem angemessenen baulichen Standard erstellen und auf die bisher nicht unüblichen „Goldrand-Lösungen“ verzichten. Angemessen heißt für uns; funktional, solide, preisgünstig.

Was die enorm hohen laufenden Kosten der Kinderbetreuung betrifft, hier begrüßen wir die Einigung mit dem Land, die eine deutliche Erhöhung der Zuschüsse an die Gemeinden vorsieht. Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Weitere müssen folgen. Endziel ist eine finanzielle Beteiligung analog zur Schulfinanzierung.

Im Rahmen der städtischen Kinder- und Jugendarbeit muss aus unserer Sicht die **Schulsozialarbeit** eine größere Gewichtung innerhalb der offenen Jugendarbeit erhalten. Wir erinnern an die von uns geforderte Neuausrichtung im Zuge der zum Jahresende 2012 auslaufenden Verträge mit den Trägern. Hier kann ja dann hoffentlich die geplante (Wieder-) Beteiligung des Landes berücksichtigt werden.

Fachleute prognostizieren Leonberg in den nächsten Jahren einen leichten Bevölkerungszuwachs und weiterhin auch eine hohe Nachfrage bei Wohnimmobilien.

Wir haben lt. Flächennutzungsplan noch eine Reihe **innerstädtischer Flächen**, die wir zu **Baugebieten** entwickeln können (z.B. Bockberg, am Stadtpark, Reiterstadion). Es ist sinnvoll, diese in den nächsten 2-3 Jahren an den Markt zu bringen – solange noch eine entsprechende Nachfrage besteht. Zudem wären dies weitere sogenannte Ersatzdeckungsmittel.

Zufrieden sind wir mit der angestrebten Kooperation mit der EnBW bei der künftigen **Stromversorgung**. Mit der hierfür notwendigen Kreditaufnahme von 3 Mio. EUR können wir noch einigermaßen leben, denn wir werden wohl deutlich mehr einnehmen, als wir an Kreditzinsen bezahlen.

Durch die Hereinnahme der EnBW gelingt uns eine erhebliche Risikominimierung, da das notwendige fachspezifische Know-how und die unternehmerischen Kenntnisse von der Stadt Leonberg nicht ohne Weiteres erbracht werden können. Wir haben künftige Erweiterungsoptionen, wie die Gasversorgung, oder auch die Einbringung in einen kommunalen steuerlichen Querverbund.

Lassen Sie mich abschließend aber noch **drei grundsätzliche Punkte** ansprechen:

Uns hat in den letzten Wochen und Monaten doch sehr befremdet wie weit bei manchen Mitbürgern **Anspruch und Wirklichkeit** auseinanderklafft.

Wer allen Ernstes fordert, neben der Wiederherstellung der Sporthalle beim Sportzentrum noch weitere Sporthallen in Leonberg zu bauen, sollte besser nicht auf die Menschen in Griechenland mit dem Finger zeigen, sondern öfters mal die Sitzungen hier im Leonberger Gemeinderat besuchen – oder wem dies zu anstrengend ist, wenigstens die LKZ lesen...

Besonders bemerkenswert finde ich übrigens die vielen Ratschläge von Bürgern der umliegenden Gemeinden nach dem Motto, Leonberg solle doch nicht zu aller erst auf die Kosten schauen...

Zum Zweiten: die **Zusammenarbeit Verwaltungsspitze und Gemeinderat** hat in den letzten Wochen – insbesondere unter dem Eindruck der sogenannten „Bäderdiskussion“ sehr gelitten. Wir hatten dies an gleicher Stelle auch im vergangenen Jahr schon bemängelt.

Dies gilt nicht nur für den – zugegebenermaßen subjektiven – Eindruck, dass bei der Thematik Sanierung oder Neubau des Sportzentrums nicht immer mit offenen Karten gespielt worden ist, dies gilt aber auch für den Umgang mit bestehenden Gemeinderatsbeschlüssen.

Wir werden sehr genau beobachten, beispielsweise bei der Sanierung der Grabenstrasse, wie hiermit künftig umgegangen wird.

Und schließlich – ich habe es mehrfach erwähnt – fehlen weiterhin für wichtige Themen in der Stadt **mittel- bis längerfristige Konzepte**. Die Philosophie der Verwaltung: „wir müssen auf Sicht fahren“ führt zu einer permanenten „Politik der Flickschusterei“, die uns seit Längerem widerstrebt. Es ist bedauerlich, dass wir hier noch nicht auf einen gemeinsamen Nenner kommen.

Willy Brandt hatte Recht als er sagte: „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten“.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Ottmar Pfitzenmaier
für die SPD-Fraktion im
Leonberger Gemeinderat